

Nr. 19/162 S**Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:**

Ortsgesetz über ein Schutzziel für den Brandschutz in der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 19. April 2016

(Drucksache [19/144 S](#))

Nr. 19/163 S**Fragestunde**

1. Bauliche Substanz der leerstehenden Kaisenhäuser und Kosten ihrer Sicherung
Anfrage der Abgeordneten Rainer W. Buchholz, Dr. Magnus Buhler, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 19. Mai 2016
2. Keine Stadtrundfahrten für Rollstuhlfahrerinnen/Rollstuhlfahrer
Anfrage der Abgeordneten Antje Grotheer, Ingelore Rosenkötter, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 24. Mai 2016
3. Wann kommt die neue Station Bremen-Föhrenstraße?
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 24. Mai 2016
4. Sicherheitspersonal in Flüchtlingsunterkünften
Anfrage der Abgeordneten Dr. Henrike Müller, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24. Mai 2016
5. Verbotspolitik gegen Freiluftpartys
Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 25. Mai 2016
6. Kfz-Zulassungsstelle beim Stadtamt
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 25. Mai 2016
7. Sofortmaßnahmen gegen die unhaltbaren Zustände beim Stadtamt – Neufassung
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 25. Mai 2016

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

8. Auflösung des Förderzentrums Vegesacker Straße
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 25. Mai 2016
9. Sicherstellung des Sportunterrichts
Anfrage der Abgeordneten Heiko Strohmann, Marco Lübke, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 30. Mai 2016

10. Sanierung der Allgemeinen Berufsschule (ABS) am Standort Theodor-Billroth-Straße
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 30. Mai 2016
 11. Fixierungen in der geplanten geschlossenen Jugendeinrichtung?
Anfrage der Abgeordneten Sophia Leonidakis, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 7. Juni 2016
 12. Zukunft der Lloydpassage
Anfrage der Abgeordneten Andreas Kottisch, Jürgen Pohlmann, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 7. Juni 2016
- Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 19/164 S

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen/der Gruppe kein Thema beantragt worden.

Nr. 19/165 S

Bremer Weserstadion mit WLAN für alle Besucher ausstatten

Antrag der Fraktion der CDU
vom 25. Mai 2016
(Drucksache [19/215 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/166 S

Vorhabenbezogener Bebauungsplan 91 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung von drei Wohngebäuden an der St.-Magnus-Straße/Ecke Arndtstraße in Bremen-Walle

Mitteilung des Senats vom 17. Mai 2016
(Drucksache [19/152 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 91 (Vorhaben- und Erschließungsplan).

Nr. 19/167 S

Wurde die Kinderklinik am Klinikum Bremen-Mitte zu klein geplant?

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 16. März 2016
(Drucksache [19/126 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 31. Mai 2016
(Drucksache [19/300 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/168 S

Medizinische Versorgung von Kindern auch zukünftig sicherstellen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 14. Juni 2016
(Drucksache [19/319 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag auf Überweisung an die städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz ab.

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/169 S

Mehr Wohnraum im Hulsberg-Viertel schaffen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 13. Oktober 2015
(Drucksache [19/34 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/170 S

Mehr Wohnraum im Hulsberg-Viertel schaffen!

Bericht der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft
vom 30. Mai 2016
(Drucksache [19/261 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft Kenntnis.

Nr. 19/171 S

Vorhabenbezogener Bebauungsplan 95 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Gemeindezentrums mit Kindertagesstätte in Bremen-Hemelingen, südlich der Christernstraße

Mitteilung des Senats vom 31. Mai 2016
(Drucksache [19/299 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 95 (Vorhaben- und Erschließungsplan).

Nr. 19/172 S

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 10 vom 3. Juni 2016

(Drucksache [19/306 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 19/173 S

Rechtsberatung der Stadtteilbeiräte gewährleisten – Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 17. November 2015
(Drucksache [19/48 S](#))

Der Gesetzesantrag ist durch die Drucksache 19/308 S erledigt.

Nr. 19/174 S

Rechtsberatung der Stadtteilbeiräte gewährleisten – Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter

Bericht und Antrag des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte
vom 7. Juni 2016
(Drucksache [19/308 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte Kenntnis.

Nr. 19/175 S

Kontinuierliche Betreuung durch persönliche Assistenzen an Bremer Schulen sicherstellen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 8. Juni 2016
(Drucksache [19/311 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/176 S

Kindeswohl im Blick behalten – Modell zu persönlichen Assistenzen entwickeln

Antrag der Fraktion der FDP
vom 13. Juni 2016
(Drucksache [19/318 S](#))

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. zu gewährleisten, dass Schülerinnen und Schüler möglichst lange Zeit von einer qualifizierten persönlichen Assistenz begleitet werden.
2. dass Wechsel in der persönlichen Assistenz möglichst vermieden werden.
3. zeitnah ein Konzept zu erarbeiten, das regelt, welche Kriterien bei Wechseln in der persönlichen Assistenz unabdingbar berücksichtigt werden müssen.
4. sicherzustellen, dass nur qualifiziertes, anforderungsspezifisch aus- und fortgebildetes Personal als persönliche Assistenz eingesetzt wird.
5. sicherzustellen, dass Eltern und Schulen bei Wechseln von Trägern oder persönlichen Assistenzen mit eingebunden werden und hierbei das Kindeswohl im Vordergrund steht.
6. sicherzustellen, dass unnötige Trägerwechsel vermieden werden und bei notwendigen Wechseln des Trägers oder der Assistenz darauf zu achten, was im jeweiligen Einzelfall erforderlich ist.

Nr. 19/177 S

Verkehrskollaps in Huchting während des Baus der B-75-Brücke verhindern – ÖPNV als attraktive Alternative stärken

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 8. Juni 2016
(Drucksache [19/312 S](#))

Die Stadtbürgerschaft überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

Nr. 19/178 S

Der Gesamthafenbetriebsverein (GHBV) muss auch im Logistikbereich der führende Personalanbieter sein – GHBV erhalten, stärken und für Arbeit und Ausbildung nutzen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 8. Juni 2016
(Drucksache [19/313 S](#))

Die Stadtbürgerschaft überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Nr. 19/179 S

„Wilder Westen“: Finanzierung der Suppenküche und des Spielhauses sicherstellen!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 14. Juni 2016
(Drucksache [19/320 S](#))

D a z u

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
vom 14. Juni 2016**

(Drucksache [19/321 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

- a) umgehend einem Ressort die gestaltende Koordinierungsverantwortlichkeit für die Nachfolgelösung des Gesamtprojektes „Wilder Westen“ zuzuweisen und
- b) einen Vorschlag zur Finanzierung und damit der Fortführung der Suppenküche und des Spielhauses vorzulegen und dabei auch darzulegen, ob gegebenenfalls in Zukunft auch beschäftigungspolitische Maßnahmen angeboten werden können.

